

Flüchtlinge bringen Kanton an Grenzen

ZUG Immer mehr Menschen suchen Zuflucht in der Schweiz. Diese unterzubringen stellt die Zuger Behörden vor grosse Probleme. Aber nicht nur das.

HARRY ZIEGLER
harry.ziegler@zugerzeitung.ch

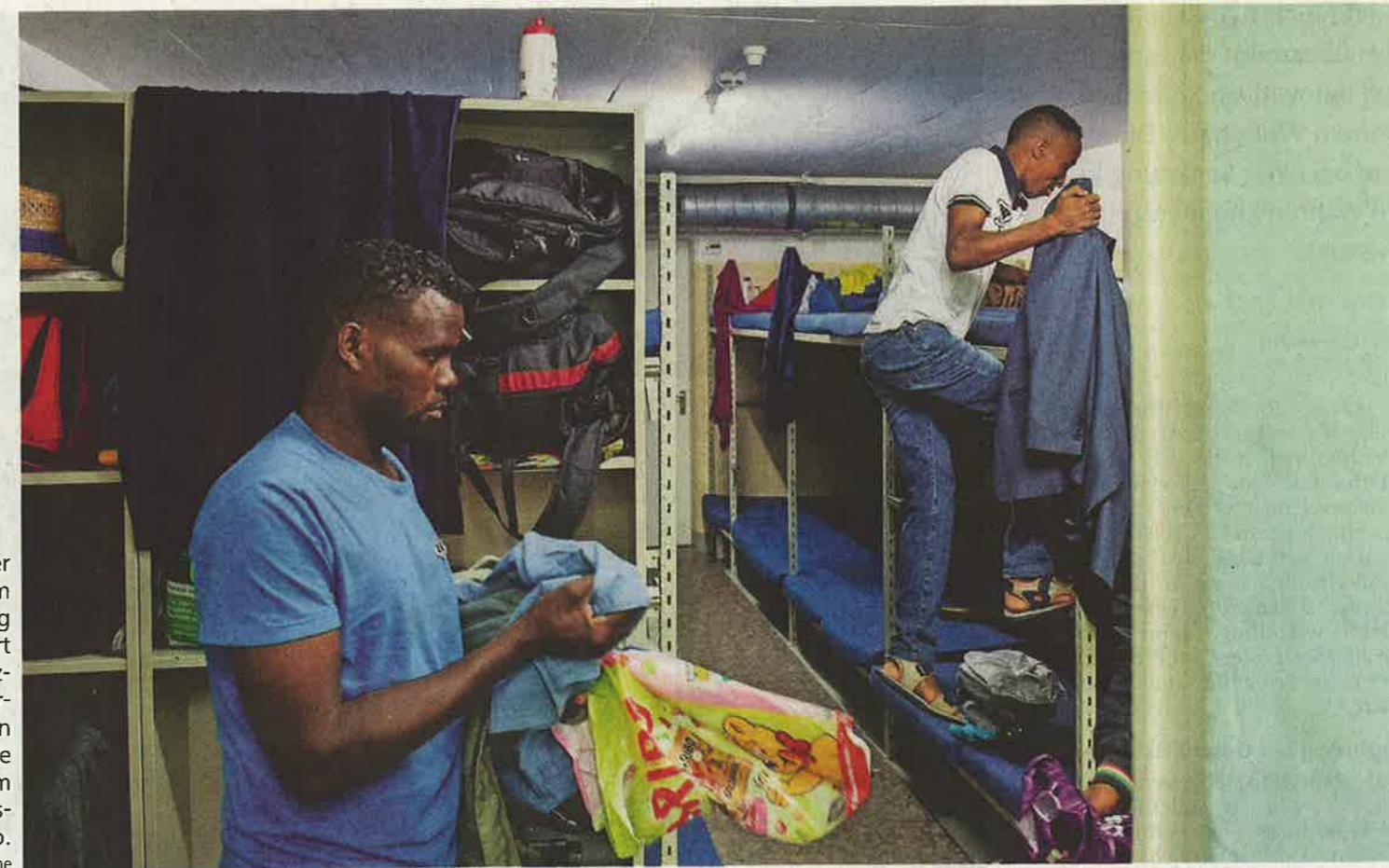
Die Zuger Regierung beschäftigt sich laufend mit aktuellen Migrationsfragen. Der Chef des Staatssekretariats für Migration, Mario Gattiker, weilte deswegen zu einem Arbeitsbesuch in Zug. Der Regierungsrat und Gattiker besprachen dabei unter anderem, «die aktuellen Entwicklungen sowie die laufenden politischen Projekte im Ausländer- und Asylbereich», wie es in einer Mitteilung des Regierungsrates heisst. Diskutiert wurde, wie sich die derzeitige Flüchtlings situation in Europa auf die Schweiz auswirke und welche Fragen sich auch im Kanton Zug im Zusammenhang mit der Unterbringung der Asylsuchenden stellen. Zuständig für deren Unterbringung ist im Kanton Zug die Direktion des Innern.

Steigende Zuweisungszahlen

«Der zunehmende Flüchtlingsstrom bringt auch den Kanton Zug in einen Engpass», sagt die Direktorin des Innern, Statthalterin Manuela Weichelt. «Dem Kanton Zug werden jede Woche 12 bis 14 Personen zugewiesen.» Es sei, «trotz intensiver Suche», eine Herausforderung, geeignete Unterkünfte zu finden. «Günstiger Wohnraum ist auch für andere Gruppen extrem knapp», führt Manuela Weichelt aus. «Mit der temporären Unterbringung von Flüchtlingen in der Zivilschutzanlage in Cham und der Miete von Räumen im ehemaligen Altersheim Waldheim, das abgebrochen wird, konnte etwas Luft verschafft werden. Allerdings können die Flüchtlinge nicht dauerhaft in diesen Liegenschaften bleiben. «Eine besondere Herausforderung ist, dass die wöchentlichen Zuweisungen laut Bund bis auf weiteres steigen werden. In welcher Grössenordnung kann niemand sagen», erklärt die Regierungsrätin. Dies sowie die zeitliche Befristung der bereits getroffenen Lösungen sorgen bezüglich benötigter Unterkunfts möglichkeiten für eine Erhöhung des Drucks.

Gemäss Manuela Weichelt habe der Kanton Zug im Rahmen des laufenden Entlastungsprogramms beschlossen, «keine neuen Leute fest einzustellen». Dadurch ergibt sich für die Angestellten in diesem Bereich eine Mehrbelastung.

Asylbewerber sollen auch im Kanton Zug vermehrt in Zivilschutz anlagen untergebracht werden können – wie diese Eritreer im Durchgangszentrum Lumino.
Keystone



«Das Personal, welches sich um die Flüchtlinge kümmert, ist deshalb ziemlich am Anschlag und wird es wohl bis auf weiteres bleiben», sagt die Direktorin des Innern. Und weiter: «Ich bewundere meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.»

Testbetrieb soll Antworten liefern

Und die Situation dürfte sich bis auf weiteres kaum entspannen. «Wir rechnen mit ständigem Zuwachs. Die Schweiz verzeichnet im Moment eine ansteigende hohe Anzahl Asylgesuchseingänge», erklärt Weichelt. Die Lage sei volatil und kurzfristig

seien verschiedene Entwicklungen möglich, was seriöse Prognosen verunmöglich. Das Staatssekretariat für Migration gehe davon aus, dass die ursprüngliche Prognose von 29 000 Asylgesuchen im Jahr 2015 deutlich übertragen werde. Auf

besonderes Interesse stiess beim Gespräch zwischen Mario Gattiker und dem Gesamtregierungsrat die geplante Neustrukturierung des Asylwesens. Der Regierung ging es beim Gespräch vor allem darum, Erkenntnisse aus dem Zürcher Testbetrieb für die beschleunigten Verfahren zu erhalten, wie es in der Mitteilung weiter heisst. Dies, um sich besser auf die künftige Asylregion Zentral- und Südschweiz vorbereiten zu können.

Mit dem Evaluationsbericht dazu sei auf Ende Jahr zu rechnen, sagt Manuela Weichelt. «Wir

hoffen, dass sich das neue Asylverfahren, das der Bund in Zürich in einem Betrieb testet, positiv auf unseren Kanton auswirkt.» Eine erste Evaluation durch den Bund habe gezeigt, «dass die Asylverfahren dadurch deutlich beschleunigt

respektive verkürzt werden konnten, ohne dass die Qualität der Entscheid leidet», erklärt Weichelt. «Das stimmt uns zuversichtlich. Den Kantonen sollen künftig nur noch jene Asylsuchenden zugeteilt werden, deren Verfahren länger dauern wird. Das finden wir gut», führt die Statthalterin aus.

Mehr Rückführungen

Beim Gespräch zwischen dem Chef des Staatssekretariats für Migration und der Zuger Regierung wurde die Bedeutung funktionierender Rücknahmeverträge mit Drittstaaten angesprochen. Vor allem wies die Regierung gemäss Mitteilung «auf die ungelösten Situationen betreffend ausreisepflichtiger Personen aus gewissen Maghrebstaaten» hin. «Das ist ein bundesweites Problem, das für die Kantone unbefriedigend ist», sagt Manuela Weichelt. «Gleichzeitig muss aber gesagt werden, dass die Rückführungen im Kanton Zug insgesamt sehr gut funktionieren. Während zwischen 2009 und 2011 gut 200 Rückführungen erfolgten, waren es zwischen 2012 und 2014 knapp 340. Dies entspricht einer Zunahme von über 50 Prozent», so Weichelt.



«Ich bewundere meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.»

MANUELA WEICHELT,
DIREKTORIN DES INNERN

Vorschriften lockern

BRANDSCHUTZ haz. Der Zuger Sicherheitsdirektor Beat Villiger möchte, dass die Brandschitzvorschriften in Zivilschutzanlagen gelockert werden. Dies, um sie vermehrt zur Unterbringung von Flüchtlingen nutzen zu können. Sollen in Zivilschutzanlagen andere Personen als Armeeangehörige eingekwartiert werden, gelten strengere Bestimmungen. Beat Villiger beantragt die Lockerung der Vorschriften an der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren. «Die Direktion des Innern begrüßt den Antrag des Sicherheitsdirektors», sagt Manuela Weichelt. «Die Zuständigen müssen hier umgehend flexibler werden. Es kann nicht sein, dass die Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen an ihren Überregulierungen in dieser besonderen Lage festhält.»

dauerhaft in diesen Liegenschaften bleiben. «Eine besondere Herausforderung ist, dass die wöchentlichen Zuweisungen laut Bund bis auf weiteres steigen werden. In welcher Grösseordnung kann niemand sagen», erklärt die Regierungsrätin. Dies sowie die zeitliche Befristung der bereits getroffenen Lösungen sorgen bezüglich benötigter Unterkunfts möglichkeiten für eine Erhöhung des Drucks.

Gemäss Manuela Weichelt habe der Kanton Zug im Rahmen des laufenden Entlastungsprogramms beschlossen, «keine neuen Leute fest einzustellen». Dadurch ergibt sich für die Angestellten in diesem Bereich eine Mehrbelastung.

teres kaum entspannen. «Wir rechnen mit ständigem Zuwachs. Die Schweiz verzeichnet im Moment eine ansteigende hohe Anzahl Asylgesuchseingänge», erklärt Weichelt. Die Lage sei volatil und kurzfristig

seien verschiedene Entwicklungen möglich, was seriöse Prognosen verunmögliche. Das Staatssekretariat für Migration gehe davon aus, dass die ursprüngliche Prognose von 29 000 Asylgesuchen im Jahr 2015 deutlich übertroffen werde. Auf

«Ich bewundere meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.»

MANUELA WEICHELT,
DIREKTORIN DES INNERN

besser auf die künftige Asylregion Zentral- und Südschweiz vorbereiten zu können.

Mit dem Evaluationsbericht dazu sei auf Ende Jahr zu rechnen, sagt Manuela Weichelt. «Wir hoffen, dass sich das neue Asylverfahren, das der Bund in Zürich in einem Betrieb testet, positiv auf unseren Kanton auswirkt.» Eine erste Evaluation durch den Bund habe gezeigt, «dass die Asylverfahren dadurch deutlich beschleunigt

kommen mit Drittstaaten angesprochen. Vor allem wies die Regierung gemäss Mitteilung «auf die ungelösten Situationen betreffend ausreisepflichtiger Personen aus gewissen Maghrebstaaten» hin. «Das ist ein bundesweites Problem, das für die Kantone unbefriedigend ist», sagt Manuela Weichelt. «Gleichzeitig muss aber gesagt werden, dass die Rückführungen im Kanton Zug insgesamt sehr gut funktionieren. Während zwischen 2009 und 2011 gut 200 Rückführungen erfolgten, waren es zwischen 2012 und 2014 knapp 340. Dies entspricht einer Zunahme von über 50 Prozent», so Weichelt.

Personen als Armeeangehörige einquartiert werden, gelten strengere Bestimmungen. Beat Villiger beantragt die Lockerung der Vorschriften an der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren. «Die Direktion des Innern begrüsst den Antrag des Sicherheitsdirektors», sagt Manuela Weichelt. «Die Zuständigen müssen hier umgehend flexibler werden. Es kann nicht sein, dass die Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen an ihren Überregulierungen in dieser besonderen Lage festhält.»

«Ständerat Eder wird dazu sicherlich etwas zu sagen haben»

UNTERÄGERI bier. Am 19. November wird in der Ägerihalle zum Thema Flüchtlingskrise debattiert. Der eingeladene Referent Toni Stadler war 20 Jahre lang für verschiedene internationale Organisationen im Nahen Osten, in Asien und in Afrika tätig. Unter anderem auch für das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Heute lebt er als unabhängiger Publizist in Lausanne.

Toni Stadler, was kann ich als Bürger für die Flüchtlinge tun?

Stadler: In jedem europäischen Staat gibt es Behörden und Institutionen, die sich professionell mit Asylanträgen, Flüchtlingen und Kriegsvertriebenen befassen. Als einzelner Bürger kann man nicht viel mehr machen als Goodwill gegenüber vertriebenen Menschen zu zeigen.

Wie bewerten Sie das Schweizer Engagement im Generellen?

Stadler: Mit dem geltenden Asylgesetz kann die Schweiz das Problem in Grenzen halten, ohne das Völkerrecht zu brechen. Das heisst: Man gibt den Flüchtlingen Asyl und sagt aber den Kriegsvertriebenen von Anfang an, dass sie nur temporären Schutz erhalten und zurück müssen, sobald die Situation in ihrem Heimatland das erlaubt. Es ist wichtig, dies klar zu kommunizieren, hier in der Schweiz, aber auch über die Schweizer Botschaften im Herkunftsland. Hierzu möchte ich noch etwas festhalten.

Nur zu.

Stadler: Vielleicht 10 Prozent oder noch weniger von allen Menschen, die gegenwärtig illegal in Europa einwandern, sind nach Definition der Flüchtlingskonvention aus dem Jahr 1951 Flüchtlinge. Dieser Begriff ist nur zu verwenden bei ethnisch, rassistisch, religiös oder wegen ihrer politischen Überzeugung Verfolgten. Die meisten Migranten, die heute nach Europa kommen, sind Kriegsvertriebene, die nach dem Asylgesetz temporären Schutz erhalten.

Wovon werden Sie in Unterägeri erzählen?

Stadler: Ich werde an Beispielen aufzeigen, dass manche Europäer meiner Generation ein veraltetes Flüchtlingsbild im Kopf haben. 1956 hatte man in Westeuropa die Ungarn grosszügig aufgenommen, 1959 die Tibeter, 1968 die Tschechen. Wieso konnte man damals Flüchtlinge mit offenen Armen aufnehmen, ohne dass ihnen Hunderttausende nachfolgten? Weil die kommunistischen Regime ihrer Herkunftsänder den Strafbestand der Republikflucht anwandten und die Grenze für Auswandernde dichtmachten. Ich

arbeitete in Flüchtlingslagern in Thailand, wo kriegsvertriebene Kambodschaner einquartiert waren. Wer das Lager verliess, wurde von der Polizei aufgegriffen und zurückgebracht. Was das uns sagt: Früher gab es Hürden für Menschen, welche ihr Geburtsland gegen ein besseres tauschen wollten. Heute ist das offensichtlich vielerorts nicht mehr der Fall. Als Erstaufnahmeland müsste die Türkei die Syrer registrieren und zusammen mit dem Uno-Flüchtlingshilfswerk versorgen. Das geschieht nicht, sondern sie werden nach Europa durchgewunken.

Die Regierung will diese Menschen offenbar nicht im Land.

Stadler: Ganz genau. Und das ist neu.

Nach meiner Erfahrung in Asien und Afrika war es bislang undenkbar, dass sich Menschen ohne ordentliche Papierre ungehindert quer durch ein fremdes Land bewegen. Die heutigen Migranten bewegen sich nicht nur unbehindert durch die Türkei, sondern gleich auch noch über Meer und über weitere fünf Landesgrenzen hinweg bis zum Beispiel nach München.

«Die Migranten werden von der Türkei durchgewunken.»

TONI STADLER,
PUBLIZIST

Befürworten Sie die Schliessung der EU-Grenze?

Stadler: Die EU wird nicht umhinkommen, ihre Aussengrenze so dicht zu machen, wie es die USA oder Kanada seit 20 Jahren tun. Macht sie das nicht, wird der Zustrom weiter zunehmen.

Und die Schweiz soll sich als EU-umringte Nation nicht mehr darum kümmern?

Stadler: Doch. Wir leben in einem der wohlhabendsten Länder, das überall Handel treibt, auch im Nahen Osten. Selbstverständlich müssen wir daran interessiert sein, diese Migrationswelle auf eine menschliche Art unter Kontrolle zu bringen. Es geht um die Art der Hilfe. Meiner Meinung nach spielt das UNHCR eine viel zu passive Rolle. Wenn sich die EU-Staaten nicht auf eine Migrantenpolitik einigen können, müsste das UNHCR ein Konzept vorschlagen, wie diese Krise bewältigt werden könnte.

Und wenn das nicht geschieht?

Stadler: Geht der Zustrom so weiter, werden manche Politiker in Panik geraten und die Grenzen für Migranten ohne gültiges Visum schliessen. Dies würde auch die Schweiz zu ähnlichem zwingen.

Sie plädieren dafür, die humanitäre Hilfe in Krisengebieten zu verbessern, damit die Menschen gar nicht erst flüchten. Soll die Schweiz ihre Anstrengung darauf verwenden?

Stadler: Ich habe lange für die Deza (die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Bundes, Anm. d. Red.) gearbeitet und festgestellt: Aus Entwicklungssicht ist es schlecht, wenn die besser ausgebildeten Menschen einem Land entzogen werden. Die braucht es nach Ende des Konflikts. Die Schweiz engagiert sich im Nahen Osten bereits stark dank Beiträgen an das Rote Kreuz und das UNHCR sowie dank humanitärer Hilfe. Ich könnte mir vorstellen, dass die internationale Zusammenarbeit der Schweiz ihre Schwerpunkte künftig anders setzt, also Entwicklungsgeld auf Konfliktlösung und humanitäre Hilfe für Kriegsvertriebene vor Ort und in deren Nachbarländern umleitet.

Ein solcher politischer Prozess dauert vermutlich lang.

Stadler: Es ist Aufgabe des Parlaments, der Exekutive zu sagen, wo die Mittel für die Internationale Zusammenarbeit investiert werden sollen. Ständerat Joachim Eder wird am Podium in Unterägeri dazu bestimmt etwas zu sagen haben.

HINWEIS

Neben Toni Stadler nehmen Joachim Eder (Zuger Ständerat), Manuela Weichelt-Picard (Regierungsrätin), Peter Dittli (Gemeindepräsident Menzingen) und Karl Walker (Kommandant Zuger Polizei) am Podiumsgespräch zum Thema «Wie weiter in der Flüchtlingskrise?» am 19. November in der Ägerihalle Unterägeri teil. Der von der FDP Oberägeri und Unterägeri organisierte Anlass beginnt um 19.30 Uhr, der Eintritt ist frei.